

23. 03. 87

Fz

Unterrichtung

durch den Bundesminister der Finanzen

Haushaltsführung 1986

**Zusammenstellung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im 4. Vierteljahr
des Haushaltsjahres 1986**

Der Bundesminister der Finanzen

— II A 2 — H 1221 — 4/86 —

Bonn, den 17. März 1987

An den Herrn
Präsidenten des Bundesrates

Gemäß § 37 Abs. 4 BHO übersende ich die Zusammenstellung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im 4. Vierteljahr des Haushaltsjahres 1986.

In Vertretung
Dr. Voss

Haushaltsführung 1986

Zusammenstellung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im 4. Vierteljahr des Haushaltsjahres 1986

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

Einzelplan 02 — Deutscher Bundestag

02 01 512 02	8 300 000	380 450	Parlamentsdrucksachen Zunahme der Drucksachen für die Gesetzgebung und anlässlich der Tätigkeit von Untersuchungsausschüssen des Deutschen Bundestages.
02 01 527 02	390 000	100 000	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen Notwendige Teilnahme von Angehörigen der Bundestagsverwaltung bei den vermehrten Reisen von Delegationen des Deutschen Bundestages im Ausland.

Einzelplan 04 — Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

04 01 539 99	35 000	7 290	Vermischte Verwaltungsausgaben Mehrbedarf für Todesanzeigen und Vorstellungsreisen.
04 03 531 09	12 300 000	726 444	Informationstagungen Vermehrte Informationsveranstaltungen von Mitgliedern des Deutschen Bundestages für politisch interessierte Personen.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

noch Einzelplan 04 — Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

04 03 685 04	180 000	30 000	Zuschuß an die Presseclub-Wirtschafts-GmbH Notwendige Erhöhung des Zuschusses wegen des Ausfalls von Pachteinnahmen insbesondere durch den Tod des Pächters der Bar im Presseclub.
-----------------	---------	--------	--

Einzelplan 05 — Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

05 01 526 01	70 000	155 893	Gerichts- und ähnliche Kosten Anwaltskosten anlässlich eines Schadensersatzprozesses im Ausland.
05 01 532 02	5 160 000	352 460	Kosten des Kurierverkehrs Mehrkosten wegen erhöhten Frachtaufkommens und Sonderkurierreisen infolge der Tschernobyl-Katastrophe.
05 02 532 04	4 600 000	949 328	Kosten von Staatsbesuchen in der Bundesrepublik Deutschland Erhöhte Kosten der deutsch-französischen Konsultationen vom 26. bis 28. Oktober 1986 in Frankfurt/Main wegen umfangreicher Sicherheitsmaßnahmen.
05 11 526 01	3 000	23 889	Gerichts- und ähnliche Kosten Anwaltskosten, die dem Deutschen Archäologischen Institut im Zusammenhang mit arbeitsgerichtlichen Streitverfahren im Ausland entstanden sind.

Einzelplan 06 — Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

06 01 711 01	995 000	20 430	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten Notwendige bauliche Sicherungsmaßnahmen.
06 02 632 01	1 150 000	2 121 618	Kosten der Bundestagswahlen Mehrkosten wegen bereits im Haushaltsjahr 1986 zu leistender Abschlagszahlungen an die Länder (Landes-, Kreiswahlleiter) und wegen Ausgaben im Zusammenhang mit dem im Bundeswahlgesetz eingeführten Wahlrecht der außerhalb des Bundesgebietes lebenden Deutschen.
06 02 684 21	19 422 000	63 422	Musikförderung Erhöhung der Bundeszuwendung an das Orchester Philharmonia Hungarica zum Ausgleich eines durch unvorhergesehene Minder-einnahmen bedingten Fehlbetrages.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

noch Einzelplan 06 — Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

06 06 526 04	31 000	3 655	Auslagen in Rechtssachen Mehrbedarf wegen der notwendigen Wahrnehmung zusätzlicher Termine in Disziplinarangelegenheiten durch Beauftragte des Bundesdisziplinaranwaltes beim Bundesverwaltungsgericht.
06 08 517 01	2 850 000	19 568	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume Kosten der Bewachung des Statistischen Bundesamtes.
06 10 526 02	600 000	69 294	Kosten für Sachverständige Verstärkte Inanspruchnahme von Dolmetschern und Übersetzern in nicht gängigen Sprachen durch das Bundeskriminalamt im Zuge der Intensivierung der Verbrechensbekämpfung, vor allem auf dem Gebiet der Rauschgift- und Falschgeldkriminalität.
06 10 527 01	3 825 000	59 002	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen Zunahme der Inlandsdienstreisen, die zur Wahrnehmung der Aufgaben des Bundeskriminalamtes in Ermittlungsangelegenheiten und im Schutz- und Begleitdienst notwendig waren.
06 10 532 02	1 120 000	112 855	Besondere Fahndungskosten Höhere Kosten im Rahmen der Verbrechensbekämpfung, insbesondere aufgrund verstärkter Fahndung nach terroristischen Gewalttätern und intensiver Rauschgiftbekämpfung.
06 13 526 01	3 000	976	Gerichts- und ähnliche Kosten Anwaltskosten im Zusammenhang mit einer Klage gegen das Bundesarchiv wegen Verwertungsrechten nach dem Urhebergesetz.
06 13 532 03	230 000	10 247	Kosten für die Bewachung von Dienstgebäuden und -räumen Zusätzliche Bewachungskosten wegen besonderer Gefährdung des Militärarchivs in Freiburg.
06 25 526 01	27 000	10 961	Gerichts- und ähnliche Kosten Die vom Bundesgrenzschutz aus Anlaß von Rechtsstreitigkeiten zu zahlenden Kosten waren höher als bei Aufstellung des Haushalts angenommen wurde.
06 25 539 99	450 000	811 074	Vermischte Verwaltungsausgaben Gestiegene Kosten insbesondere für Dolmetscher und die Beförderung zurückzuschiebender Ausländer infolge des starken Zustroms von Asylsuchenden und vermehrter Zurückschiebung mittelloser Ausländer.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
noch Einzelplan 06 — Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern			
06 26 532 02	111 000	2 721	Kosten für die Bewachung der Dienstgebäude und Lager der Beschaffungsstelle Erhöhte Bewachungskosten des ZS-Bestückungslagers der Beschaffungsstelle des Bundesministers des Innern aufgrund der ab 1. Mai 1986 wirksam gewordenen Lohnerhöhung im Bewachungsgewerbe. Die Mehrausgabe beruht auf rechtlicher Verpflichtung.
06 26 539 99	8 000	1 280	Vermischte Verwaltungsausgaben Kosten der Stellenausschreibungen und Vorstellungsfahrten anlässlich der Nachbesetzung unerwartet freigewordener Arbeitsplätze bei der Beschaffungsstelle des Bundesministers des Innern.
06 40 684 07	4 813 000	822 245	Förderung des kulturellen Eigenlebens fremder Volksgruppen Sonderzuwendung an das ungarische Gymnasium in Kastl/Opf. zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen für die Aufrechterhaltung des Schul- und Internatsbetriebs.

Einzelplan 07 — Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

07 01 527 03	95 000	24 931	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten und in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten Zusätzliche Sitzungen der Vertretungsorgane, gestiegene Unterbringungs- und Reisekosten sowie Fortbildungskosten infolge des Wechsels der Schwerbehindertenvertreter bei den Behörden des Geschäftsbereichs.
07 07 539 99	5 000	103	Vermischte Verwaltungsausgaben Mehrausgabe beim Bundespatentgericht infolge eines weiteren Sterbefalls.
07 11 526 04	90 000	12 709	Auslagen in Rechtssachen Erhöhte Ausgaben des Bundesdisziplinargerichts wegen gesteigerter Reisekosten der Verteidiger, Beamten, Beisitzer sowie der Zeugen und Sachverständigen und infolge Zunahme der Anzahl der Kostenerstattungsanträge.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

Einzelplan 08 — Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

08 01 513 01	1 300 000	60 136	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren Gebühren für Nebenanschlußleitungen sowie für digitale Hauptanschlüsse.
08 01 526 01	420 000	1 636	Kosten für Sachverständige Verstärkte Inanspruchnahme von Sachverständigen.
08 04 526 02	100 000	11 283	Kosten für Sachverständige Intensivierung der Rauschgiftschmuggelbekämpfung.
08 07 632 01	241 757 000	30 157 313	Verwaltungskostenerstattung an Länder Erfüllung der rechtlichen Verpflichtung des Bundes, den Ländern die Kosten zu erstatten, die ihnen durch die Wahrnehmung der Bauaufgaben des Bundes entstanden sind. Mehr wegen erhöhter Inanspruchnahme freiberuflich tätiger Architekten und Sonderfachkräfte infolge stark gestiegenen Bauvolumens. Die überplanmäßige Ausgabe ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 29. Dezember 1986 mitgeteilt worden.
08 08 526 01	10 000	50 483	Gerichts- und ähnliche Kosten Vom Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen zu tragende Prozeßkosten in einem Verwaltungsstreitverfahren.

Einzelplan 09 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

09 02 685 42	4 500 000	100 000	Zuwendung an das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München Notwendige Beseitigung von Mängeln, die von der zuständigen Verwaltungs-Berufsgenossenschaft anlässlich einer Überprüfung der Gebäude des Instituts festgestellt wurden.
-----------------	-----------	---------	--

Einzelplan 10 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

10 01 527 03	82 000	13 870	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten und in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten Mehrbedarf wegen verstärkter Aktivitäten des Hauptpersonalrates.
-----------------	--------	--------	---

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
noch Einzelplan 10 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten			
10 02 652 06	630 000 000	967 435	Zuweisungen nach dem Gesetz über die Verwendung von Gasöl durch Betriebe der Landwirtschaft Mehrausgabe wegen gestiegenen Gasölverbrauchs. Sie beruht auf gesetzlicher Verpflichtung.
10 02 656 55	1 110 000 000	37 256 444	Zuschüsse an die Träger der Krankenversicherung der Landwirte Unerwartete Kostensteigerungen bei den Leistungsaufwendungen für die Altenteiler. Die Mehrausgabe beruht auf gesetzlicher Verpflichtung. Die überplanmäßige Ausgabe ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 2. Dezember 1986 mitgeteilt worden.
10 04 671 01	36 746 000	123 000	Erstattung der Verwaltungskosten an die Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung Reisekostenvergütungen für Inlandsreisen wegen der Wahrnehmung zusätzlicher Prüfungsaufgaben nach der Verordnung (EWG) Nr. 3143/85 (Butterreinfett-Maßnahme).
10 04 683 09	—	12 176	Prozeßzinsen in Rechtsstreiten über EG-Marktordnungsausgaben Von der Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung aufgrund eines rechtskräftigen Gerichtsurteils zu zahlende Prozeßzinsen in EG-Marktordnungsangelegenheiten
10 07 526 01	100 000	67 815	Gerichts- und ähnliche Kosten Gerichtskosten und Anwaltsgebühren, die dem Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft anlässlich von Verwaltungsstreitverfahren entstanden sind.
10 08 526 03	4 000	2 897	Kosten für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen Kosten zusätzlicher Sitzungen der Widerspruchsausschüsse beim Bundessortenamt.
10 08 539 99	4 000	2 500	Vermischte Verwaltungsausgaben Schadensersatzleistung anlässlich eines mit einem Dienstkraftfahrzeug des Bundessortenamtes verursachten Verkehrsunfalles.
10 10 883 01	—	6 758	Erschließungsbeiträge Straßenbaubeitrag der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft Braunschweig-Völkenrode für ihre Liegenschaft Neustadt-Mecklenhorst.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

Einzelplan 11 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

11 01 812 01	100 000	33 280	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland für Verwaltungszwecke Notwendige Beschaffung eines Transport- und Stapelgerätes (Gabelstapler).
11 02 681 02	20 000 000	2 193 453	Förderung der Arbeitsaufnahme in Berlin Erhöhte Leistungen infolge der nicht erwarteten Steigerung der Zuwanderung nach Berlin.
11 02 893 31	1 000 000	985 068	Zuschüsse zur Errichtung, Erweiterung und Ausstattung von klinischen Krebsregistern und Einrichtungen der Krebsbehandlung einschließlich der Anlaufkosten Notwendige Ausstattung von zwei onkologischen Zentren mit Spezialgeräten zur Verbesserung der Behandlung krebskranker Kinder.
11 11 682 01	310 000 000	20 357 910	Erstattung von Fahrgeldausfällen Erhöhte Erstattungsansprüche der Verkehrsunternehmen, da mehr Personen von der unentgeltlichen Beförderung nach dem Schwerbehindertengesetz Gebrauch gemacht haben. Die Ausgaben beruhen auf gesetzlicher Verpflichtung. Die überplanmäßige Ausgabe ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 28. November 1986 mitgeteilt worden.
11 11 852 01	14 400 000	4 000 000	Kriegsopferfürsorgedarlehen aufgrund des Bundesversorgungs-, des Häftlingshilfe-, des Unterhaltsbeihilfe- und des Opferentschädigungsgesetzes Kriegsopferfürsorgedarlehen wurden erheblich stärker als bei der Aufstellung des Haushaltsplans erwartet in Anspruch genommen. Die Mehrausgabe beruht auf gesetzlicher Verpflichtung.
11 11 852 02	600 000	152 720	Kriegsopferfürsorgedarlehen aufgrund des Soldatenversorgungs- und des Zivildienstgesetzes Kriegsopferfürsorgedarlehen wurden stärker als bei der Aufstellung des Haushaltsplans erwartet in Anspruch genommen. Auf die Leistungen besteht ein gesetzlicher Anspruch.
11 13 646 02	15 000 000	6 056 710	Erstattung der Aufwendungen für die Krankenhilfe an Heimkehrer und durch Gesetz gleichgestellte Personengruppen Die Zahl der Aussiedler und der Übersiedler aus der DDR, die in ihren Leistungsansprüchen Heimkehrern gleichgestellt sind, war höher, als bei der Aufstellung des Haushaltsplans angenommen wurde. Die Mehrausgabe beruht auf gesetzlicher Verpflichtung.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

noch Einzelplan 11 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

11 13 656 04	330 000 000	42 024 494	Zuschüsse zu den Beiträgen zur Rentenversicherung der in Werkstätten beschäftigten Behinderten Die Mehrausgabe ist insbesondere darauf zurückzuführen, daß die Zahl der in Werkstätten beschäftigten Behinderten gegenüber der Annahme bei Aufstellung des Haushaltsplans gestiegen ist. Die Ausgaben beruhen auf gesetzlicher Verpflichtung. Die überplanmäßige Ausgabe ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 16. Dezember 1986 mitgeteilt worden.
-----------------	-------------	------------	--

Einzelplan 12 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

12 02 532 12	120 000	11 916	Kosten der Weitergabe von Seenotmeldungen und des funkärztlichen Beratungsdienstes für die Seeschifffahrt Mehrausgabe im Zusammenhang mit der auf internationaler Vereinbarung beruhenden Weitergabe der Meldungen des Seenotversicherungssystems AMVER wegen Erhöhung der Telegrammgebühren ab 1. Juni 1986.
12 03 526 01	250 000	141 564	Gerichts- und ähnliche Kosten Auslagen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung in Rechtsstreitigkeiten insbesondere zur Abwehr von Schadensersatzforderungen.
12 06 811 01	—	23 000	Erwerb von Dienstfahrzeugen Ersatzbeschaffung für einen nach einem Verkehrsunfall ausgesonderten Dienstkraftwagen bei der Bundesanstalt für Wasserbau.
12 09 539 99	23 000	2 274	Vermischte Verwaltungsausgaben Kosten amtsärztlicher Untersuchungen im Zusammenhang mit Einstellungen, Übernahmen ins Beamtenverhältnis und Feststellungen auf Dienstfähigkeit beim Deutschen Hydrographischen Institut.
12 12 539 99	12 000	2 200	Vermischte Verwaltungsausgaben Kosten amtsärztlicher Einstellungsuntersuchungen und anlässlich einer Stellenausschreibung beim Kraftfahrt-Bundesamt.
12 15 539 01	10 000	195 193	Entschädigungen und Ersatzleistungen Erfüllung eines Schadensersatzanspruchs durch die Bundesanstalt für Flugsicherung wegen eines Unfalls, der aufgrund fehlerhafter Bewegungslenkung eines Flugzeugs am Boden entstanden ist.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

noch Einzelplan 12 – Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

12 16 526 01	7 000	4 767	Gerichts- und ähnliche Kosten Prozeßkosten, die dem Luftfahrt-Bundesamt in zwei Verwaltungs- gerichtsverfahren entstanden sind.
-----------------	-------	-------	--

Einzelplan 14 – Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

14 02 698 01	19 000 000	3 820 000	Abgeltung von Schadensersatzansprüchen Dritter, soweit es sich nicht um Ansprüche aus Übungsschäden handelt Die aufgrund von Flugunfällen, Kraftfahrzeug- und Umweltschäden zu erfüllenden Schadensersatzansprüche waren höher als bei Haushaltsaufstellung angenommen wurde.
14 02 apl. 980 05	—	6 000	Verwendung der mit dem an die Lufttransportgeschwader 61, 62 und 63 verliehenen Hermann Ehlers-Förderpreis verbundenen Geldmittel Verwendung der mit dem Förderpreis verbundenen Geldmittel gemäß der vom Förderpreisempfänger getroffenen Bestimmung für Spenden und für einen Wandschmuck.
14 08 522 01	77 000 000	979 727	Arzneien, Verbandsmittel, Brillen und orthopädische Hilfsmittel Zunahme der stationären und ambulanten Behandlungsfälle in den Sanitätseinrichtungen der Bundeswehr und vermehrte Verordnung von Sehhilfen und orthopädischen sowie sonstigen Heil- und Hilfsmitteln für Soldaten. Die Mehrausgabe beruht auf gesetzlicher Verpflichtung.
14 08 553 01	11 000 000	742 263	Erhaltung des Sanitätsgeräts Vermehrter Erhaltungsaufwand für Gerät wegen steigender Auslastung der eigenen Behandlungskapazitäten sowie verschärfter sicherheitstechnischer Kontrollen des medizinisch-technischen Geräts aufgrund der neuen Medizingeräteverordnung.
14 08 552 22	27 000 000	2 900 000	Sonstige nicht aufteilbare Betriebskosten Mehr wegen erhöhter Behandlungszahlen in den Bundeswehrkrankenhäusern und vermehrter serologischer Untersuchungen zur Verhütung, Abklärung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

noch Einzelplan 14 — Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

14 12 632 01	635 000 000	74 781 600	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Länder Erfüllung der rechtlichen Verpflichtung des Bundes, den Ländern die Kosten zu erstatten, die ihnen durch die Wahrnehmung der Bauaufgaben für die Bundeswehr und die NATO entstanden sind. Mehr wegen verstärkter Inanspruchnahme freiberuflich tätiger Architekten und Ingenieure infolge stark gestiegenen Bauvolumens. Die überplanmäßige Ausgabe ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 29. Dezember 1986 mitgeteilt worden.
14 12 643 01	27 000 000	2 303 330	Ersatzleistungen für Wege- und Straßenschäden Höhere Schadensersatzleistungen wegen vermehrter Übungsschäden. Die Mehrausgabe beruht auf rechtlicher Verpflichtung.
14 13 553 01	60 000 000	4 989 931	Erhaltung des Pioniermaterials Mehrbedarf wegen höheren Aufwands bei der Hauptinstandsetzung von Brücken- und Übersetzfahrzeugen.
14 19 532 02	8 500 000	450 000	Gebühren für die Benutzung ziviler Flugplätze Mehrausgaben durch erhöhtes Flugaufkommen für den politischen und parlamentarischen Bereich.
14 20 896 11	4 500 000	537 181	Deutsch-Französisches Forschungsinstitut St. Louis — Investitionen Nachtragshaushalt des Instituts wegen eines notwendigen Grunderwerbs.
14 23 656 01	1 900 000	38 957	Leistungen des Bundes nach dem Eignungsübungsgesetz Höhere Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen an die Arbeitgeber von Eignungsübenden, die sich erst kurz vor Ende der Eignungsübung für eine Entlassung aus der Bundeswehr entschieden haben. Die Mehrausgabe beruht auf gesetzlicher Verpflichtung.
14 23 671 01	60 100 000	10 841 029	Leistungen des Bundes nach dem Arbeitsplatzschutzgesetz Die Zahl der Anträge auf Erstattung von Lebensversicherungsbeiträgen war höher als erwartet. Die Mehrausgabe beruht auf gesetzlicher Verpflichtung. Die überplanmäßige Ausgabe ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 28. Oktober 1986 mitgeteilt worden.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

noch Einzelplan 14 — Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

14 23 681 23	44 200 000	4 780 000	Sonderleistungen, Mietbeihilfe und Wirtschaftsbeihilfe Höhere Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz, da verstärkt ältere und verheiratete Wehrpflichtige einberufen wurden. Die Mehrausgabe beruht auf gesetzlicher Verpflichtung.
-----------------	------------	-----------	---

Einzelplan 15 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

15 02 532 05	10 000	3 138	Förderung des Erfahrungsaustausches zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Gebiet des Gesundheitswesens Besuch des Ministers für Gesundheitswesen der DDR mit Delegation auf Einladung von Frau Bundesministerin Prof. Dr. Süßmuth vom 2. bis 5. November 1986.
15 02 642 07	85 000 000	12 515 496	Ausgaben nach § 8 Abs. 2 des Unterhaltsvorschußgesetzes Zunahme der Anträge von Leistungsberechtigten. Die Mehrausgabe beruht auf gesetzlicher Verpflichtung. Die überplanmäßige Ausgabe ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 28. November 1986 mitgeteilt worden.
15 02 685 02	60 000 000	20 000 000	Einlage in eine Stiftung, die zum Schutz des ungeborenen Lebens Hilfen für schwangere Frauen in Konfliktsituationen gewährt Die Einlage mußte wegen der zunehmenden Zahl der Anträge auf Hilfeleistungen erhöht werden. Die überplanmäßige Ausgabe ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 8. Oktober 1986 mitgeteilt worden.
15 02 652 11	115 000 000	8 707 579	Beihilfen (Überbrückungsvorschüsse und Zuschüsse) an junge Zuwanderer für ihre Schul- und Berufsausbildung (einschl. Umschulung und Fortbildung) Die Zahl der Förderungsberechtigten war höher als bei Haushaltsaufstellung angenommen worden war.
15 02 681 15	1 670 000 000	298 672 843	Erziehungsgeld Die Leistungen nach dem Erziehungsgeldgesetz und den noch anzuwendenden Vorschriften über das Mutterschaftsgeld wurden in stärkerem Maße in Anspruch genommen als bei Haushaltsaufstellung angenommen worden war. Die Ausgaben beruhen auf gesetzlicher Verpflichtung. Die überplanmäßige Ausgabe ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 3. Dezember 1986 mitgeteilt worden.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

noch Einzelplan 15 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

15 03 539 99	115 000	31 000	Vermischte Verwaltungsausgaben Kosten der Ausschreibungen und Vorstellungsreisen zur Besetzung bzw. Wiederbesetzung neuer und freigewordener Stellen beim Bundesgesundheitsamt.
15 05 539 99	10 000	2 586	Vermischte Verwaltungsausgaben Mehrausgaben für Stellenausschreibungen und Vorstellungsreisen zur Personalgewinnung beim Deutschen Institut für medizinische Dokumentation und Information.
15 06 519 01	60 000	19 897	Unterhaltung der baulichen Anlagen Renovierungsarbeiten in bisher vom Paul-Ehrlich-Institut genutzten Räumen, die zur Nutzung durch das Chemotherapeutische Forschungsinstitut Georg-Speyer-Haus freigemacht werden mußten.
15 06 532 04	5 000	9 986	Umzugs- und Verlegungskosten Mehrausgaben für Umzüge im Dienstgebäude des Paul-Ehrlich-Instituts zur Freimachung von Räumen für das Georg-Speyer-Haus.
15 07 526 01	20 000	23 950	Gerichts- und ähnliche Kosten Gerichts- und Anwaltskosten, die der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften bei Verfahren im Zusammenhang mit der Indizierung von jugendgefährdenden Videokassetten, Schallplatten, Magazinen u. a. Medien entstanden sind.
15 08 526 01	110 000	28 756	Gerichts- und ähnliche Kosten Die Zunahme der Zahl der verwaltungsgerichtlichen Verfahren führte beim Bundesamt für den Zivildienst zu vermehrten Prozeßkosten.
15 08 525 31	80 000	35 595	Berufsförderung der Dienstleistenden Zunahme der Zahl der Anträge auf Berufsförderung. Die Mehrausgabe beruht auf gesetzlicher Verpflichtung.

Einzelplan 16 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

16 01 513 01	—	27 016	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren
-----------------	---	--------	---

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
noch Einzelplan 16 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit			
515 01	—	94 146	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Maschinen für Verwaltungszwecke
517 01	—	40 084	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume
518 01	—	539 443	Mieten und Pachten
519 01	—	80 041	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen
527 01	100 000 *)	11 138	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen
527 02	141 000 *)	47 223	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen
539 99	2 000 *)	31 963	Vermischte Verwaltungsausgaben
811 01	—	11 396	Erwerb von Dienstfahrzeugen
812 01	—	626 633	Erwerb von von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegen- ständen im Inland für Verwaltungszwecke Notwendige Ausgaben zur Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit des neu errichteten Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Bei den Titeln 527 01 und 527 02 beruht die Mehrausgabe insbesondere auf verstärkter nationaler und inter- nationaler Zusammenarbeit aus Anlaß des Reaktorunfalls in Tschernobyl und der Rheinverschmutzung infolge des Störfalls bei der Fa. Sandoz/Schweiz.
16 02 532 13	14 431 041 *)	996 842	Entwicklung und Durchführung von Strahlenschutzmaßnahmen sowie Entwicklung von Strahlenmeßverfahren und -geräten Notwendige Forschungsmaßnahmen, insbesondere Meßpro- gramme, in unmittelbarer Folge des Reaktorunfalls von Tschernobyl.
16 05 526 01	383 *)	5 952	Gerichts- und ähnliche Kosten Prozeßkosten, die vom Umweltbundesamt anlässlich von Verwal- tungsgerichtsverfahren zu zahlen waren.

*) Umsetzungen gemäß § 50 Abs. 1 BHO aus den Einzelplänen 06 und 10.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

Einzelplan 19 – Bundesverfassungsgericht

19 01	2 000	392	Auslagen in Rechtssachen
526 04			Entschädigungen nach dem Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen in einem vor dem Bundesverfassungsgericht anhängigen Verfahren.

Einzelplan 20 – Bundesrechnungshof

20 01	19 000	2 659	Vermischte Verwaltungsausgaben
539 99			Kosten notwendiger Stellenausschreibungen zur Personalgewinnung.

Einzelplan 23 – Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

23 01	780 000	53 641	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume
517 01			Notwendige Kosten im Rahmen der erforderlichen Sicherung der Dienstgebäude des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit.
23 02	27 347 000	6 325 224	Zweckgebundene Beiträge der Bundesrepublik Deutschland an die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen und andere internationale Einrichtungen
686 32			Durchführung dringender Sofortmaßnahmen der Flüchtlingshilfe im Sudan durch den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR).

Einzelplan 25 – Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

25 02	1 708 000 000	253 293 943	Wohlgeld nach dem Wohngeldgesetz
642 01			Zahlung des Bundesanteils an die Länder aufgrund gesetzlicher Verpflichtung. Die überplanmäßige Ausgabe ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 2. Februar 1987 mitgeteilt worden.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

noch. Einzelplan 25 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

25 02 893 01	820 000 000	64 492 909	Prämien nach dem Wohnungsbau-Prämiengesetz Nach § 7 des Wohnungsbau-Prämiengesetzes i. d. F. vom 10. Februar 1982, zuletzt geändert durch Artikel 2 Nr. 1 des Gesetzes zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung vom 20. Dezember 1984 trägt der Bund die Wohnungsbauprämie in voller Höhe. Die Ausgaben beruhen auf gesetzlicher Verpflichtung. Die überplanmäßige Ausgabe ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 28. November und 23. Dezember 1986 mitgeteilt worden.
25 05 539 99	20 000	6 409	Vermischte Verwaltungsausgaben Mehrausgaben für Stellenausschreibungen und Vorstellungsgesprächen anlässlich der notwendigen Wiederbesetzung freigewordener Stellen.

Einzelplan 27 — Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

27 02 642 21	84 000 000	14 109 086	Kosten aufgrund des Gesundheitsabkommens mit der DDR und Förderung des Besuchsreiseverkehrs aus der DDR und Berlin (Ost) sowie aus den ost- und südosteuropäischen Staaten Die Mehrausgabe beruht auf einer erheblichen Zunahme der Besucherzahlen und einem in dieser Höhe nicht erwarteten Anstieg der medizinischen Kosten. Die überplanmäßige Ausgabe ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 16. Dezember 1986 mitgeteilt worden.
-----------------	------------	------------	---

Einzelplan 30 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

30 06 892 23	128 000 000	9 800 000	Investitionszuschüsse Notwendige Mehraufwendungen für die Baumaßnahme „M-Bahn-Demonstration Berlin“ aufgrund von sicherheits- und planungstechnischen Erfordernissen und Kostensteigerungen.
-----------------	-------------	-----------	--

Einzelplan 31 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

31 05 apl. 656 01	—	20 181	Zuschüsse zur Krankenversicherung der Studenten Nachzahlungen an Krankenversicherungsträger aufgrund des Urteils des Bundessozialgerichts vom 22. Februar 1984.
-------------------------	---	--------	---

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

Einzelplan 33 — Versorgung

33 04 433 03	458 000 000	43 468 696	Übergangsgebühren und Ausgleichsbezüge
433 04	225 000 000	78 123 165	Übergangshilfe Die Zahl der ausgeschiedenen Zeitsoldaten war höher als bei Haushaltsaufstellung angenommen wurde. Die Mehrausgabe beruht auf gesetzlicher Verpflichtung.
33 07 642 01	993 000 000	18 223 022	Beteiligung an den Versorgungslasten der Länder sowie Zuschüsse und Zulagen an die Länder Unerwartet starke Zunahme der Beteiligungsfälle bei den Ländern und Nachzahlungen für zurückliegende Zeiträume. Die Mehrausgabe beruht auf gesetzlicher Verpflichtung.
33 08 646 02	607 000 000	151 083 195	Nachversicherungen Zunahme der Erstattungsfälle sowie Nachzahlungen für zurückliegende Zeiträume. Die Mehrausgabe beruht auf gesetzlicher Verpflichtung.

Einzelplan 36 — Zivile Verteidigung

36 21 (Anlage) 526 01	4 000	46	Gerichts- und ähnliche Kosten Mehr durch Prozeßkosten, die dem Bundesverband für den Selbstschutz aufgrund von Arbeitsrechtsstreitigkeiten entstanden sind.
-----------------------------	-------	----	---

Einzelplan 60 — Allgemeine Finanzverwaltung

60 02 532 02	550 000	36 497	Förderung des Vorschlagswesens in der Bundesverwaltung Zahlung von Geldprämien aufgrund von Entscheidungen des Prüfungs- und Bewertungsausschusses über Verbesserungsvorschläge, die zur Einsparung von Haushaltsmitteln führen.
60 04 646 02	3 100 000	458 578	Zahlungen gemäß Artikel 6 §§ 18 und 21 des Fremdrenten- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetzes vom 25. Februar 1960 Mehrausgabe wegen unerwarteter Zunahme der Versicherungsfälle. Sie beruht auf gesetzlicher Verpflichtung.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
noch Einzelplan 60 — Allgemeine Finanzverwaltung			
60 04 671 01	11 663 000	260 302	Verwaltungskosten, Gebühren und Unkostenerstattungen aus der Durchführung der Lastenausgleichsgesetze, des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes und des Häftlingshilfegesetzes Höhere Erstattungen des Bundesausgleichsamtes an die bei der Durchführung der Lastenausgleichsgesetze beteiligte Deutsche Ausgleichsbank wegen Kosten in Auswirkung der seit 1985 geltenden Vorruhestandsregelung. Die Mehrausgabe beruht auf rechtlicher Verpflichtung.
60 04 681 06	75 000	196	Leistungen aufgrund von Ansprüchen gegen frühere nationalsozialistische Einrichtungen Gesetzliche Verpflichtungen.
60 04 646 21	63 000 000	5 969 140	Nachversicherung nach § 99 AKG Die Zahl der Versicherungsfälle war höher als bei Haushaltsaufstellung angenommen worden war. Die Mehrausgabe beruht auf gesetzlicher Verpflichtung.
60 04 681 21	2 498 000	8 500 000	Versorgungs- und Schadensersatzansprüche Gestiegene Leistungen im Rahmen der Richtlinien der Bundesregierung wegen einer unerwartet hohen Zahl von Anträgen zur Gewährung von einmaligen Beihilfen an Zwangssterilisierte.